

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Straß-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 59/60.

Berlin, Sonnabend, 24. Juli 1915.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft. — Die Kriegstötung des Württembergischen Eisenbahnerverbandes. — Keine Heraushebung der Höchstpreise für Getreide. — Allgemeine Kundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- — Anzeigen.

Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft.

Von Dr. Heinz Pottsoff.*

In dem Maße, in dem die Feinde den Kampf auf das Wirtschaftsleben verlegt haben, sind die Pflichten jedes Staatsbürgers gewachsen. Neben die allgemeine Wehrpflicht ist die allgemeine Wirtschaftspflicht getreten.

Alle unermesslichen Erdräumnisse der Lebensführung nehmen Deutschen Familien gern und willig in den Kampf. Aber wir sträuben uns dagegen, daß der Krieg für gewisse Kreise ein gewinnreiches Geschäft werde. Wir schauern vor dem Gedanken, daß Bürger unseres Vaterlandes schmugelnd über den Krieg quitierten, daß sie ihm eine recht lange Dauer wünschen, weil ihr Weizen im Unglück der Gesamtheit blüht.

Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche Meer oder das rote Kreuz oder der hungrige Mitbürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Steigen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte zurück, gibt auf Regierungs-rundfragen falsche Auskünfte, tut alles, was er kann, um die Volkswirtschaft zu verarmen und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gespannt, nur die Geschäftsmoral ist tief gesunken. Der Wucher ist allgemeine Verkehrssitte geworden. Er wird auch als solche von Behörden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Handwerkskammer, keine Landwirtschaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsnöte zur Verweigerung gewandt. Die Verwaltungsbehörden bekämpfen die übertriebene Ausnutzung wohl mit Höchstpreisen, mit Beschlagnahme usw., aber nicht mit den bestehenden ordentlichen Gesetzen. Diese würden vollständig ausreichen, wenn sie nur von Staatsanwälten und Gerichten angewandt würden. Aber es scheint, als wäre der § 263 des Reichsstrafgesetzbuches gegen Betrug und der § 302a gegen gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Wucher völlig außer Kraft gesetzt.

Ein solcher Widerspruch der Geschäftsmoral gegen die übrige Volkswirtschaft erklärt sich nur als Folge einer lang eingelebten falschen Auffassung des Wirtschaftslebens. Die moderne Wirtschaftsweise ist technisch ein ungeheurer Fortschritt, aber sie hat das Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt. Der Mensch ist nicht mehr Zweck der Wirtschaft, sondern nur noch ein Mittel zu einem höheren Zwecke: Dem Geldverdienen. Einst war das Gewerbe eine Art von öffentlichem Amt, heute ist das einzige Ziel des Gewerbes, ebenso des Handels, der Landwirtschaft der Profit. Ob die auf den Markt geworfenen Kleider und Schuhe von Menschen getragen werden, und von

welchen Menschen, ist dem Fabrikanten völlig gleichgültig; er will nur am Abzug verdienen. Säuler werden nicht mehr gebaut, damit Menschen wohnen können, sondern damit Grundstücke rentabel verwertet werden.

Leider ist die staatliche Wirtschaftspolitik mit auf den Irrweg gelaufen. Sie geht nicht von der Frage aus: Hier sind fast 70 Millionen Staatsangehörige, die sich nähren, kleiden, wohnen, etwas lernen müssen; was kann geschehen, um ihnen die Nahrung, die Kleidung, die Wohnung usw. so reichlich und gut wie möglich zur Verfügung zu stellen? Sondern sie fragt umgekehrt. Zum Beispiel: Hier sind einige Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig. Was kann geschehen, um diese Tätigkeit gewinnreich zu machen, um die Rentabilität von Getreidebau und Viehzucht zu heben? Oder gar: Hier sind einige Hundert Millionen im Kali-bergbau angelegt; was muß geschehen, um diesem Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern? Unsere Politik geht aus von der Produktion statt vom Konsum. Im Interesse der Produktion und ihres Gewinnes beschränkt, verteuert sie den Konsum bestimmter Verbrauchsgegenstände. Als ob der Mensch auf der Welt wäre, um durch die Bezahlung bestimmter private Kapitalien rentabel zu machen!

Unter solchen Umständen ist es fast selbstverständlich, daß auch im Kriege die staatliche Wirtschaftspolitik nicht von den Konsumenten, sondern von den Produzenten ausging. Die erste wirtschaftliche Maßnahme des Bundesrates war eine Kontingentierung des Zuckerauftrages, damit der Zucker, das einzige Nahrungsmittel, das im Ueberflusse vorhanden war, nicht durch Unterbindung des Auslandsabfahres billig würde. Als Höchstpreise für Korn eingeführt wurden, da waren sie höher, als die höchsten Notpreise des letzten Menschenalters, obgleich die letzte Ernte gut ausgefallen und ohne erhebliche Mehrkosten eingebracht worden war. Als die Kriegsgewerkschaft ihre Höchstpreise herabsetzte, da wurde als selbstverständlich verkündet, daß die Brotpreise erst folgen könnten, wenn die älteren teureren Mehlvorräte aufgebraucht wären. Aber als die Enteignungspreise für Hafer nachträglich um 50 Mark für die Tonne erhöht wurden, da hatte diese Maßnahme rückwirkende Kraft und die früheren Lieferanten bekamen den Aufschlag nachträglich geschenkt. Bei Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln haben die preussischen Minister es ausdrücklich ausgesprochen, daß die Landwirte tüchtig dabei verdienen sollten. Und als die drohende Kartoffelnnot eine starke Abschächtung von Schweinen forderte, da zwang die Regierung alle großen Gemeinden, Riesenmengen von Dauerwaren aufzustapeln, damit ja die Schweine sich hoch im Preise halten konnten.

Bei solchen Anschauungen in Regierungskreisen ist es fast selbstverständlich, daß nur die Produzenten organisiert sind. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel haben ihre amtlichen Kammern als Interessenvertretungen. Nur diese werden in der Regel als Gutachter herangezogen; ihrem Urteil legt die Regierung hohes Gewicht bei. Es ist aber ein Unding, daß die Produzenten nicht nur Sachverständige über die technische Seite ihrer Produktion sein, sondern auch über den Preis bestimmen sollen, den sie für die Produkte haben möchten. Hier muß ein Gegengewicht geschaffen werden in der Organisierung der Konsumenten. Diese hat nicht nur während des Krieges, sondern für die Dauer eine hohe Aufgabe. Denn es darf nicht so bleiben, wie es bisher war. Die Erkenntnis ist durch den Krieg gekommen und wird hoffentlich nicht wieder verloren gehen.

Wir verdanken sie unserem schlimmsten Feinde, dem englischen Verjude einer Aushungerung Deutschlands. Die Absperrung der ausländischen Zufuhr hat uns genötigt, über eine rationelle Einrichtung unserer Ernährung nachzudenken, und wie eine Erleichterung ist es über uns gekommen, daß die Nahrungsmittel in erster Linie des Konsums wegen da sind.

Natürlich können nicht alle einzelnen Maßnahmen, die in der Notzeit getroffen sind, unverändert fortbestehen; aber traurig wäre es, wenn sie beseitigt würden, ohne daß entsprechende Friedensmaßnahmen an ihre Stelle träten, wenn wir die große Lehre vergäßen, die Engländer Barbarei uns eingehämmert hat.

Aus den Nöten dieses Weltkrieges muß die gefestigte Ueberzeugung hervorgehen, daß der Mensch die Hauptkraft im Staate und in aller Welt ist. Alle Wirtschaftspolitik muß vom Konsumenten ausgehen und fragen: Was kann geschehen, um die Millionen recht gut und reichlich mit allem zum Leben, zum Fortwachsen, zur Kulturfreundlichen Dienlichen zu versehen? Die Konsumenteninteressen sind ganz allgemeine Interessen. Niemand hat sie nicht, denn Konsument ist jeder, und nur diejenigen haben Konsumenteninteressen, die zum Schaden ihrer Mitbürger verdienen möchten. Deswegen kann der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen alle anständigen und sozialgesinnten Bürger und Bürgerinnen zur Mitarbeit aufrufen. Die organisierte Kraft des Verbrauchers ist eine Macht, wenn sie sich nur bewußt betätigt. Sie kann die gegenwärtige verkehrte Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zur Umkehr zwingen, kann verhindern, daß auf die schweren, opferreichen Kämpfe von 1914/15 wieder wie nach 1870/71 eine Zeit rücksichtsloser Profitjagd und übelsten Geschäftsschwinds folgt. Sie kann die Grundlage einer sozialen Wirtschaftsverfassung legen, die sich auf dem Wege aufbaut, daß es für den Staat kein anderes, höheres Ziel geben kann, als recht viele gesunde, leistungsfähige, aber auch arbeitsfreudige, glückliche Menschen zu seinen Bürgern zu zählen.

Die Kriegstötung des Württembergischen Eisenbahnerverbandes.

Die 16. Generalversammlung des Verbandes der Württembergischen Eisenbahner stand unter dem Zeichen des Krieges. Sie sollte nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung zusammen mit dem sonst üblichen Eisenbahnerkongress in Reutlingen stattfinden. Dem Ernst der Zeit entsprechend fand jedoch auf Beschluß des Vorstandes, unter vollster Zustimmung der Generalversammlung selbst, die Tagung am 4. Juli in Stuttgart im Hotel Lextor statt und zwar ohne jede weitere Veranstaltung. Hundert Delegierte hatten sich eingefunden. Die königliche Generaldirektion hatte Herrn Rechnungsrat Gaas entsandt. Vom Verband der Deutschen Gewerksvereine wohnte Verbandsekretär Reustedt-Berlin den Verhandlungen bei.

Die Generalversammlung wurde pünktlich zur festgesetzten Zeit vormittags um 10 Uhr durch den Vorsitzenden Bod eröffnet. Nach herzlicher Begrüßung der Gäste und der Delegierten hielt der Vorsitzende eine längere Rede, in der er einen umfassenden Rückblick auf die Arbeiten des Verbandes warf. Er führte ungefähr folgendes aus: Die diesmalige Tagung ist nicht die erste in der

*) Nach seinem Vortrag im Bezirksschluß für Konsumenteninteressen in Düsseldorf, der ausführlich im Jahrbuch des „Domitischen Jahrhunderts“ veröffentlicht ist.

Schwabenreviere. In lebhafter Erinnerung steht noch die Bannerweife. Der Wahlspruch des Banners: „Gand in Gand im schweren Stand“ soll auch diese Beratungen so ernst und erprießlicher Arbeit gestalten. Der Krieg hat auch den Verband aus seiner Friedensarbeit herausgerissen. Neue ungewohnte Aufgaben waren zu erledigen. Manche Wünsche und Forderungen mußten den größeren Aufgaben gegenüber zurücktreten. Etwa 500 Mitglieder sind zu den Fahnen einberufen. Mancher von ihnen schlummert schon in fremder Erde dem großen Frieden entgegen. Weitere 400 Mitglieder dienen auf Kommando in Feindesland als Eisenbahner dem Vaterland. Der Verband stand mit diesen Mitgliedern immer in enger Fühlung. Die im Felde Stehenden wurden mit Liebesgaben bedacht. Der Rot verschiedener Familien ausmarschierter Mitglieder hat der Verband durch Unterstüßungen vorgebeugt. Das dienliche Leben wurde gleichfalls in andere Bahnen gelenkt. Ueber Nacht wurden die Eisenbahnen, die sonst wirtschaftlichen Zwecken dienen, zum Kriegsgerät. Pünktlich ohne jede Störung vollzog sich der Aufmarsch der Seere. Der Dank des Kaisers und des Königs soll für die Eisenbahner ein steter Ansporn für alle Zeiten zu treuer und hingebender Pflichterfüllung sein. Der Redner dankte dann dem Sekretär Fischer für seine persönliche Eingabe, mit der er die Arbeiten des Verbandes erledigt hat. Die Fühlung der Geschäfte wurden dadurch besonders schwierig, daß der Verbandswalter wiederum zum Seere einberufen wurde. Auch ihm wurde der beste Dank ausgesprochen, namentlich für die Zeit, die er, vom Felde zurückgekehrt, in hingebender Arbeit dem Verbands widmete. Zum Schluß gedachte der Redner in feiner warmherzigen Rede all der deutschen Männer, die draußen ihr Leben für das Vaterland einsetzten, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die siegreichen Seere und ihren obersten Kriegsherrn, auf das deutsche Vaterland und auf den König und sein Württembergervolk!

Verbandssekretär Neufiedt brachte den herzlichsten Dank für die Einladung und freundliche Begrüßung zum Ausdruck. Gleiche soziale Ziele sind es, die um beide Verbände ein engendes Band schlingen. Die erste Zeit werde diese Ziele vertiefen. Auch die dahingeblichen Eisenbahner haben als Teil der Seemarine Anspruch auf den Dank des Vaterlandes; denn mit beispielloser Sicherheit wurden die Truppentransporte durchgeführt. Dasselbe läßt sich auch von dem jetzigen Betrieb sagen, der sich unter den schwierigsten Verhältnissen für die Eisenbahner, mit der bekannten Pünktlichkeit vollzieht. Der Krieg hat die verschiedenen Stände näher aneinander gebracht. Hoffnungsvoller können die auf freizeittätigenationalen Boden stehenden Organisationen in die Zukunft schauen! Namens der Stuttgarter Obmannschaften begrüßte Boller-Stuttgart die Versammlung.

Es wurden dann Begrüßungstelegramme an S. M. den König, den Herrn Ministerpräsidenten von Weizsäcker und den Herrn Präsidenten von Stieler gefandt, die im Laufe der Verhandlungen freundliche Erwiderung fanden.

Alsdann erstattete der Führer der Eisenbahner Sekretär J. Fischer einen umfassenden, sehr interessanten Tätigkeitsbericht. Kurz nach der Tagung der letzten Generalversammlung in Mühl- oder hat der Krieg den Verband vor ernste Aufgaben gestellt, keine Tätigkeit ganz erheblich beeinflusst und vertieft. Die innere Verpflichtung, für die Volksgemeinschaft zu wirken, hat die Menschen hinausgehoben über die eigenen engen Verhältnisse. Die Mitglieder sind begeistert zu den Fahnen hinausgekommen ins Feld; das gestillte Mhd habe sie indessen an die Scholle gekesselt. Sie haben ihrer Kriegspflicht dabei genügt. Sechzig der ausmarschierter Mitglieder haben bereits im Berichtsjahr 1914 den Selbentod gefunden, deren Andenken die Versammlung durch Erbeben von den Plänen ehrte. Der Dienst bei der Eisenbahn ist für die Dahingeblichen schwieriger geworden, aber er ist freudig von den Eisenbahnern geleistet worden. Jeder letzte seine ganze Kraft ein zum Wohle des Vaterlandes. Deshalb auch kein Streben nach augenblicklicher Besserung der zeitigen Verhältnisse und auf Grund dieses Gefühls die Frage, ob denn die Verbandsarbeit noch Wert habe. Die Organisation mußte aber durchgehalten werden, nicht um der Beamten willen, wie Einzelne mit Unrecht behaupten, sondern um der Zukunft willen, um an einer festen Gruppe ein Emporkommen der zukünftigen Generationen möglich zu machen! Der Wechsel in den Obmannschaften hat die Erledigung der Verbandsarbeiten ungenießer gemacht. Die Abrechnung mit den Obmannschaften Klappe infolge der sich ständig ändernden

Adressen nicht immer. Zurzeit sind 6000 zahlende Mitglieder vorhanden. Die im Felde stehenden Mitglieder haben Beiträge nicht zu entrichten. Ebenso zahlt die Verbandskasse für die Mitglieder, soweit sie der Krankenkasse angehören, die Beiträge für die Kasse. Im Falle einer Verwundung oder einer sonstigen Erkrankung erhalten diese Kollegen ihr Krankengeld ungeschmälert. Eine zweimalige Liebesgabenwendung ist an die Kollegen bewg. an das Rote Kreuz abgegangen; eine dritte ist in Aussicht genommen.

Die Frage des Verbandsorgans „Der Schwäbische Eisenbahner“ nahm einen breiten Raum im Tätigkeitsbericht ein. Ein 14tägiges Erscheinen deselben an Stelle des früheren 8tägigen genügt vorläufig zur Behandlung der einschlägigen Fragen. 800 Zeitungen gehen ins Feld. Klagen aus dem Felde über nicht immer pünktliche Zustellung sind auf die mangelnden Adressen zurückzuführen.

Auf die Kriegslage sind zwei Eingaben des Verbandes zurückzuführen. Eine Eingabe richtete sich auf eine Erhöhung der Unterstützung der Familien solcher ausmarschierter Eisenbahner, die nur 20 Prozent des Lohnes erhalten. Sie hatte einen guten Erfolg. Ihre Begründung lag in den gesteigerten Lebensmittelpreisen. Das Sinaufschwellen derselben nach Veranlassung der Eingabe an die Generaldirektion um Gewährung einer Teuerungszulage für die im Dienst stehenden Eisenbahner, deren Erlösa jedoch nicht befriedigte. Die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung hat die Eisenbahner in eine schlimme Lage gebracht, namentlich in den Familien, die einen reichen Kinderbesitz haben. Die Eisenbahner kämen in einen Gassenkonflikt. Auf der einen Seite herrscht das ehrende Gefühl, keine Forderung während des Krieges, der von allen Deutschen Opfer verlangt, einzureichen. Auf der andern Seite stand die Pflicht, die Familienangehörigen ausreichend zu ernähren und die eigene Arbeitskraft im Interesse des gesteigerten Dienstes zu erhalten. Die Verhandlungen mit der Behörde zeigten wiederum die Schwierigkeiten der Durchführung der Gewährung einer ausreichenden Teuerungszulage. Dazu gehörten ganz erhebliche Mittel bei verminderten Einnahmen der Eisenbahnverwaltung. Jedenfalls sei die Württembergische Eisenbahnverwaltung die erste gewesen, die laufende Teuerungszulagen gewährt habe. Ueber diese Dinge werde übrigens bei dem besonderen Punkt der Tagesordnung nochmals gesprochen.

Der Bericht behandelte dann noch die Frage des früher geplanten Erholungsheims und die Verschmelzungsfrage mit dem neuen Eisenbahnerverband, die ebenfalls einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildet, in ausführlicher Weise.

Der Berichterstatter erwähnte dann noch seine zweimalige Reise nach den Kriegsschauplätzen, die er in etwa 160 Vorträgen verwertet habe. Aus diesen Vorträgen sind bereits 13 000 Mk. für das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt worden, jedenfalls nicht die schlechteste Tat, die er im Interesse des Verbandes geleistet habe. Mit Dank für treue Mitarbeit an die gesamte Vorstanderschaft und der Obmannschaften und in der Hoffnung auf fernere treue Mitarbeit, schloß der Berichterstatter seine vorzüglichen Ausführungen, die einen wohlverdienten, begeisterten Beifall auslösten. (Schluß folgt.)

Keine Heraussetzung der Höchstpreise für Getreide!

Während draußen vor dem Feinde die waffenfähigen deutschen Männer Heldentaten verrichten, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kannte, und auch die dahingeblichen Bevölkerung alles daran setzt, den schweren Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen zu helfen, haben die Preise für Lebensmittel und auch für sonstige notwendige Bedarfsartikel eine Höhe erreicht, die nachgerade kaum noch zu ertragen ist. Gemiß haben natürliche Umstände mit zu dieser allgemeinen Teuerung beigetragen. Indessen bedarf es keiner Beweise dafür, daß vielfach auch Profitgier und Spekulationsmud die Preise ungebührlich hinaufgetrieben haben. Das bedeutet eine schwere Gefahr. Ganz abgesehen davon, daß die Ernährungsbedingungen, namentlich für die minderbemittelten Volksschichten dadurch erschwert werden, wird auch die Stimmung, von der das deutsche Volk befeelt wird, erheblich beeinträchtigt. Unter diesen Umständen ist es eigentlich unfahrig, daß der Bundesrat sich entschlossen haben soll, die Höchstpreise für Getreide heraufzusetzen und dadurch die ohnehin schon unerträglichen Teuerungsverhältnisse noch zu verschärfen. Eine tiefgehende Erregung hat diese Nachricht in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen, die

sich in entschiedenen Protesten und Eingaben Luft gemacht hat. Neben dem Deutschen Städte- tag und dem Sanjabund ist vor allen Dingen pflichtgemäß der Kriegsausschuß für Konjunkturinteressen auf den Plan getreten und hat in einer Eingabe an die Reichsleitung energisch gegen die geplante Erhöhung der Getreidepreise Stellung genommen. In der Eingabe wird, abgesehen von dem unangünstigen Eindruck auf die Feinde Deutschlands, besonders auf die moralisch-politische Wirkung einer Getreidepreiserhöhung hingewiesen. Die bisherigen Preise scheinen dem Ausschusse schon überreichlich hoch zu sein, da sie weniger durch die Produktionskosten als durch die bei ihrer Festsetzung vorhandenen Spekulationspreise, ferner durch die damals noch bestehende Neigung in der Regierung zu einer Sparpreispolitik im Gegensatz zur Beschlagsnahme-politik und schließlich durch die Hoffnung auf größere Einfuhr bei erhöhten Preisen bedingt wurden. In diesem Jahr aber sind nach Ansicht des Kriegsausschusses die Produktionskosten durch die mannigfachen öffentlichen und privaten Hilfsmaßnahmen eher niedriger als höher geworden. In gleichem Maße scheint ihm die Ermäßigung der Höchstpreise näher zu liegen als ihre Erhöhung. Da nach den meisten Meldungen die uns diezumal ganz zur Verfügung stehende Ernte zum mindesten mittelmäßig zu werden verspricht, so sei bei Getreidepreisen etwa auf der Stufe höchster Friedenspreise im Allgemeinen eine Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert. Außerdem brauchten in diesem Jahre nicht die Sämlerkosten und -gewinne eingerechnet zu werden, da es sich um normale Uebnahmpreise beim Produzenten selbst handle. Die vorsichtig anzusehenden monatlichen Zuschläge sollten, wenn der Ernteertrag später ein noch günstigeres Ergebnis zeige, als jetzt zugrunde gelegt werde, überhaupt fortfallen, wenn nicht eine weitere Herabsetzung der Grundhöchstpreise geboten erdine. Zum Schluß weist die Eingabe auf den in Oesterreich bei der Festsetzung der Höchstpreise leitenden Grundtat hin: Einhalten des goldenen Mittelweges zwischen dem Preise vor dem Kriege und den augenblicklichen Handelspreisen. Durch derartige Maßnahmen sei die Gefahr einer weiteren Erschütterung des Glaubens der Bevölkerung an eine gerechte Behandlung durch die verantwortlichen Stellen zu beseitigen und die auch künftig unbedingt notwendige moralische und wirtschaftliche Widerstandskraft zu erhöhen. Bei dem enormen Steigen aller übrigen Lebensmittelpreise müsse wenigstens das tägliche Brot zu angemessenen Bedingungen zu haben sein.

Auch die Arbeiterorganisationen haben zu der wichtigen Frage Stellung angenommen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat zusammen mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine Kundgebung erlassen, in der sie sich entschieden gegen die Heraussetzung der Getreidehöchstpreise wendet. Auch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ weist auf die tiefgehende Erbitterung hin, die sich durch die Lebensmittelteuerung weiter Kreise des Volkes bemächtigen muß. Der geschäftsführende Ausschuß unseres Verbandes der Deutschen Gewerksvereine hat sich ebenfalls sofort mit einer Eingabe an den Bundesrat gewandt und ersucht, jede Erhöhung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel, namentlich aber für Getreide, unter allen Umständen abzulehnen. Aus allen Teilen des Vaterlandes kommen schon jetzt aus den Kreisen unserer Mitglieder oftmals geradezu ergreifende Schilderungen über die mißliche Lage, in die namentlich die mit zahlreichen Kindern versehenen Arbeiterfamilien infolge der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel geraten sind. Schon jetzt sei es vielfach nicht möglich, die Familien der armeren Volksschichten ausreichend zu ernähren. Gern und willig haben alle Volksgenossen die schweren Lasten auf sich genommen, die der Krieg mit sich brachte. Eine weitere Verteuerung der Lebensmittel wäre aber nicht zu ertragen und müßte eine Stimmung im Volke auslösen, die dem Durchhalten im Kampfe gegen Deutschlands Feinde nicht förderlich sein könnte. Zum Schluß wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß auch im Interesse der Erhaltung des Burgfriedens die Festsetzung von solchen Höchstpreisen für Lebensmittel notwendig sei, die eine ausreichende Ernährung des Volkes sichern.

Es scheint fast, als hätten diese Kundgebungen ihren Zweck nicht verfehlt. Geht doch jetzt durch die gesamte deutsche Presse eine Notiz, daß von der Heraussetzung der Höchstpreise durch den Bundesrat abgesehen werden soll. Wir wollen hoffen, daß diese Nachricht sich bewahrheitet. Dann hätte es sich bei der ersten Mitteilung offenbar um einen Fühler gehandelt, den man ausstreckte, um einmal

zu sehen, in welchem Maße mit erfreulicher Mittelnachdruck übt wird. stehen, wenn einer Werte mittels, des sprechen wir Lat nicht i preise vorg wird, wie n verhältnisse nur das D erleichtern, Volkes sich

Allg

Unser jeiner leg vom 1. Zu wieder in s Arbeitsker Höhe w gelegt, daß 1914 bis 1 unterstützun entschädigung sollen. Es nach dem stützung des 1914 bis 1 rechnet hier leistet haber 1915 ab di unterstützun jenenen soll arbeitslos arbeitslos n Karezzeit : ihrer Organ 6-12 Mar 10 Wochen, Mar zu er Das u unsere soll werden dief vorhandes i dieser Besch und ganz f den unsere mit Recht i der Kriegslojen gewal dieser Beden man ohne n hiermit ein erlangen, u pflegt werd

Die A Bekanntlich Kriegsgefan Landwirtschaften besch der Krieg selbstorkran Im allgeme als feststele wirtschaftliche drei Ge einzigen bewertete landwirtschaftl Kriegsgefan Belgier. reiden die : nicht an di lichem Einfanagenen a handlung i die Arbeits über Wider nicht geflan fählich von mindestens Betriebe at kleinere Gr Auch in it weit unterl strielle teiln Heraussetzun Unterkanft

zu sehen, wie die Ankündigung wirken würde. Die Militärbehörden, voran die bayerische, haben sich mit erfreulicher Entschiedenheit gegen den Lebensmittelpreiserhöhung gewandt, der leider fast überall geübt wird. Da wäre es in der Tat nicht zu verstehen, wenn der Bundesrat sich dazu verstände, zu einer Verteuerung gerade des wichtigsten Lebensmittels, des Brotes, die Hand zu bieten. Deshalb sprechen wir die feste Erwartung aus, daß in der Tat nicht nur keine Senkung der Getreidepreise vorgenommen, sondern ernstlich erwogen wird, wie man den bereits herrschenden Verteuerungsverhältnissen ein Ziel setzen kann. Das wird nicht nur das Durchhalten in diesem schweren Kampfe erleichtern, sondern auch die Zukunft des deutschen Volkes sicher stellen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. Juli 1915.

Unser Gewerkschaftsrat der Holzarbeiter hat in seiner letzten Hauptvorstandssitzung beschlossen, vom 1. August ab das Statut in vollem Umfange wieder in Kraft treten zu lassen. Also auch die Arbeitslosenunterstützung wird in voller Höhe wieder eingeführt. Desgleichen wurde festgelegt, daß die während der Zeit vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 gewährten Arbeitslosenunterstützungen einschließlich der gewährten Mietentschädigung nicht in Anrechnung gebracht werden sollen. Es erhalten demnach alle Mitglieder, welche nach dem Bezug der letzten Arbeitslosenunterstützung bzw. Aussteuerung (die vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 gewährte Unterstützung rechnet hierbei nicht mit) 52 Wochenbeiträge geleistet haben und arbeitslos werden, vom 1. August 1915 ab die satzungsgemäße volle Arbeitslosenunterstützung. Eingegriffen hierin sind auch diejenigen Kollegen, welche sich vor dem 1. Aug. bereits arbeitslos gemeldet und darüber hinaus noch arbeitslos sind. Diejenigen Kollegen, welche arbeitslos werden, haben also das Recht, nach einer Karenzzeit von 6 Wochentagen je nach der Dauer ihrer Organisationszugehörigkeit, die Summe von 6-12 Mark pro Woche auf die Dauer von 4 bis 10 Wochen, oder die Höchstsumme von 24-120 Mark zu erhalten.

Das wird, so bemerkt dazu die „Eide“, für unsere Kollegen ein beruhigendes Gefühl sein, und werden dieselben auch die Maßnahmen des Hauptvorstandes voll und ganz zu würdigen wissen. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, war man sich voll und ganz klar darüber, daß derselbe unter Umständen unsere Masse sehr schwer belasten könnte, denn mit Recht sagte man sich, daß mit der Einstellung der Kriegslieferungen, auch das Heer der Arbeitslosen gewaltig anwachsen wird. Wenn trotz aller dieser Bedenken man den Beschluß faßte, so setzte man ohne weiteres voraus, daß unsere Mitglieder hiernit einen neuen Grund für ihre Werbetätigkeit erlangen, und daß dieselbe mit erneutem Eifer gepflegt werden muß.

Die Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen. Bekanntlich werden seit Beginn des Frühjahr 1915 Kriegsgefangene in großer Zahl zu Arbeiten in der Landwirtschaft, der Industrie und bei Meliorationen beschäftigt. Die mit der Leistungsfähigkeit der Kriegsgefangenen gemachten Erfahrungen sind selbstverständlich verschieden nach der Nationalität. Im allgemeinen aber darf nach der „D. Tagesztg.“ als feststehend angenommen werden, daß bei landwirtschaftlichen Arbeiten die Leistungen von drei Gefangenen den Leistungen eines einzigen freien Arbeiters gleich zu bewerten ist. Bei weitem am geeignetsten für landwirtschaftliche Arbeiten sind die russischen Kriegsgefangenen und nächst ihnen die bläulichen Belgier. Auch bei den Meliorationsarbeiten reichen die Leistungen der Gefangenen bei weitem nicht an die freier Arbeiter heran. Von weitestem Einfluß auf die Leistungen ist die den Gefangenen gewährte Beköstigung. Auch die Behandlung ist naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Arbeitslust der Leute. Im allgemeinen ist über Widerwillen der Gefangenen gegen Arbeit nicht geklagt worden. Ursprünglich wurden grundsätzlich von der Seeresverwaltung nur Trupps von mindestens 30 Gefangenen an landwirtschaftliche Betriebe abgegeben, später sind jedoch auch weit kleinere Gruppen zur Verfügung gestellt worden. Auch in der Industrie haben sich die Kriegsgefangenen in ihren Leistungen den freien Arbeitern weit unterlegen gezeigt, infolgedessen sind Industrielle teilweise auch schon vorstellbar geworden auf Herabsetzung der täglichen Vergütung, die neben Unterkunft und Verpflegung an die Seeresverwaltung

zung zu entrichten ist. Bei dem Mangel an heimischen Arbeitern, unter dem die Landwirtschaft leidet, wird aber jedenfalls bei der jetzt beginnenden Ernte von der Arbeitskraft der Kriegsgefangenen in ausgedehntem Umfange Gebrauch gemacht werden.

Krieg und Genossenschaftswesen. Das Preussische Statistische Landesamt hat kürzlich eine Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ herausgegeben, die über den Stand der deutschen Genossenschaften am 1. Januar 1915 unterrichtet. Während 1910 in Deutschland 29 437 Genossenschaften bestanden, stieg die Zahl 1914 auf 34 594 und 1915 auf 35 501. Die Verteilung auf die verschiedenen Genossenschaftsarten zeigt folgende Uebersicht:

Gegenstand des Unternehmens	Genossenschaften insgesamt	
	1914	1915
1. Kreditgenossenschaften	19 203	19 576
darunter Darlehnskassenvereine	16 994	17 295
2. Rohstoffgenossenschaften, gewerbliche	436	468
3. Landwirtschaftliche	2 429	2 558
4. Wareneinkaufsvereine	317	329
5. Berggenossenschaften, gewerbliche	348	364
6. Berggenossenschaften, landwirtschaftliche	1 909	2 074
7. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten	17	16
8. Magazinogenossenschaften, gewerblich	123	123
9. Magazinogenossenschaften, landwirtschaftliche	513	517
10. Rohstoff- u. Magazinogenossenschaft, gewerbliche	154	166
11. Landwirtschaftliche	24	26
12. Produktogenossenschaften, gewerbliche	428	428
13. Landwirtschaftliche	4 001	4 063
14. Rindvieh- u. Weidgenossenschaft	486	541
15. Konsumvereine	2 340	2 324
16. Wohnungs- u. Bauogenossenschaft, eigentliche	1 342	1 411
17. Vereinskäuser	128	129
18. Sonstige Genossenschaften	378	388

Der Einfluß des Krieges auf das deutsche Genossenschaftswesen ist also nur gering. Am stärksten sind scheinbar die Konsumvereine getroffen, deren Zahl etwas geringer geworden ist. Indessen man darf nicht vergessen, daß gerade auf diesem Gebiete in den letzten Jahren sich eine starke Reizung zur Verschmelzung mit andern Vereinen geltend macht, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Außerdem ist zu beachten, daß in vorstehenden Ziffern die Mitgliedsbeiträge nicht zum Ausdruck kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dabei ein erheblich günstigeres Bild zeigen würde.

Eine schmerzliche Nachricht geht uns unmittelbar vor Schluß der Redaktion zu. Nach langem Leiden ist in Magdeburg, wo er seinen Lebensabend verbringen wollte, der Kollege **Leopold Winter**

langjähriger Hauptgeschäftsführer unseres Gewerkschaftsrates der Schuhmacher und Lederarbeiter, im 72. Lebensjahre verschieden. Er hat also die untreuwillig übernommene Ruhe nicht lange genossen. Was der Verrstorbene für seinen Gewerkschaft und für unseren Gesamtverband bedeutet hat, das haben wir erst kürzlich gelegentlich seines Ausscheidens aus dem Amte hervorheben können. Der Tod aber weckt von neuem die Erinnerung an das, was Winter in 42jähriger Vereinstätigkeit für die Sache der Deutschen Gewerkschaften getan hat. Der Dank der Organisation ist ihm auch über das Grab hinaus gesichert. Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Erhaltung des Nachwuchses im Handwerk ist dadurch teilweise gefährdet worden, daß Lehrlinge, die z. B. wegen Schließung der Werkstätte ihres Meisters infolge des Krieges aus der Lehre entlassen worden sind, keine neue Lehrstelle finden können. Es ist deshalb vorgeschlagen worden, solchen im letzten Lehrjahre stehenden Lehrlingen in den Gewerbebildungsanstalten mit ihren Meisterkürten und in den mit Lehrwerkstätten ausgestatteten Fachschulen die Fortsetzung ihrer praktischen Ausbildung bei gleichzeitigem Besuche der Fortbildungsschule zur Vorbereitung für die Ablegung der Gesellenprüfung zu gestatten.

Ferner ist vorgeschlagen worden, den jungen Leuten, die bei Verdrängung der Schulpflicht eine Lehrstelle im Handwerk nicht finden können, einen weiteren einjährigen Schulbesuch zu ermöglichen. Man solle versuchen, diese jungen Leute in besonderen Tagesklassen zu vereinigen, die in Verbindung mit der Fortbildungsschule zu bringen und ihr an-

zugliedern seien und in denen ihnen ein die Bedürfnisse des gewerblichen und kaufmännischen Lebens berücksichtigender Unterricht neben einem gleichzeitigen gehobenen Berufsfachunterricht, für den ebenfalls vorzugsweise die obengenannten Gewerbebildungsanstalten und Fachschulen in Frage kommen würden, zur besseren Vorbereitung für die Lehre zu erteilen sei.

Neuerdings hat sich der preussische Handelsminister nach der „Soz. Brax.“ damit einverstanden erklärt, daß da, wo sich Einrichtungen der vorgeschlagenen Art treffen lassen, in dieser Richtung im Einvernehmen mit den Schulvorständen, Kuratorien oder Direktorien sowie der zuständigen Handwerkskammer Versuche unternommen werden. Ueber die hierbei erzielten Erfolge sollen die Regierungspräsidenten binnen drei Monaten berichten.

Die Schulden der kriegsführenden Staaten.

Daß durch den Krieg die Schuldenlast der kriegsführenden Staaten auf alle Fälle gewaltig ansteigen wird, davon geben schon die bisherigen Kriegsanleihen einen deutlichen Beweis. Inzdes wird damit noch nicht entfernt der Grad der finanziellen Belastung angeeignet, der sich nach dem Kriege für alle beteiligten Länder ergeben wird. Wie die Schuldenlast von den einzelnen Ländern getragen wird, das hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren und Umständen ab, vor allem aber auch vom Grade der Belastung, der vor dem Kriege schon erreicht war. Eine Gegenüberstellung der Staatsschulden vor dem Kriege ist daher sicherlich von großem Interesse, wenn man sich nur dabei betoußt bleibt, daß mechanische Vergleiche aus den Ziffern nicht gezogen werden dürfen. Nach einer amtlichen amerikanischen Quelle, die wieder auf den amtlichen Nachweisen der einzelnen Länder basiert, stellt der „Korrespondent“ der Buchdrucker die Schuldenlast des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns und der Türkei in Millionen Mark wie folgt fest:

Jahr	Schuldenlast in Millionen Mark	Jährl. Zinsen- u. Tilgungslast in Millionen Mark
Deutsches Reich	1913 5015	244
Bundesstaaten	1913 16190	713
Deutsche Kolonien	1910 85	11
Oesterreich-Ungarn	1914 4383	201
Oesterreich	1914 6367	268
Ungarn	1913 5621	270
Türkei	1913 2838	270

Insgesamt ergibt sich also für die drei Kriegspartnern eine Schuldenlast von 40 499 Millionen Mark oder rund 40% Milliard. Der Schuldendienst, d. h. die Zinslast und andere Verpflichtungen, stellt sich zusammen auf 1977 Millionen Mark oder auf nicht ganz 2 Milliarden. Wie stellt sich demgegenüber die Schuldenlast bei unsern Feinden? Das ist aus der nachstehenden Uebersicht zu ersehen:

Jahr	Schuldenlast in Millionen Mark	Jährl. Zinsen- u. Tilgungslast in Millionen Mark
Großbritannien	1914 14464	501
Britische Kolonien	1911-14 21850	806
Frankreich	1913 26 654	1059
Französl. Kolonien	1911-13 885	48
Belgien	1914 3467	176
Belgisch-Kongo	1912 230	6
Rußland	1914 19055	870
Finnland	1913 142	7
Serbien	1913 530	26
Montenegro	1912 8	0,4
Italien	1913 12269	422
Japan	1914 5323	297
Korea	1914 118	11

Insgesamt stellt sich für die andere Seite der kriegführenden Länder die Schuldenlast auf 104 995 Millionen Mark oder auf mehr als 100 Milliarden. Der jährliche Schuldendienst beläuft sich auf 4229 Mill. Mark oder in Prozent der Schuldenlast für das Deutsche Reich, für Oesterreich-Ungarn und die Türkei insgesamt auf 4,88, während er für die Gesamtheit der Gegner 4,08 Prozent beträgt. Die stärkere Quote des Schuldendienstes bei den erstgenannten drei Ländern ist in der Hauptsache auf die überaus starken Verpflichtungen der Türkei zurückzuführen, während viele der feindlichen Staaten infolge des Kapitalreichtums Englands und Frankreichs eine etwas günstigere Zinsenquote erhalten. Dieser Unterschied ist aber für die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit keineswegs ausschlaggebend. Für sie kommt hauptsächlich die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Spannkraft in Frage, und in dieser Beziehung steht ohne Ueberhebung Deutschland weitaus obenan, wie das ja allmählich selbst von seinen erbittertesten Feinden immer mehr anerkannt werden muß.

